B67-1507

# Flugschriften aus der Deutschen demokratischen Partei

1

## Des deutschen Volkes Schicksalsstunde

Ein erweiterter Vortrag

von

Dr. Richard Seyfert

Preis M. 1.—

Verlag von Ernst Wunderlich · Leipzig 1919

Vorzugspreise: 25 Stück je 90 Pf., 50 Stück je 85 Pf.
100 Stück je 80 Pf., 250 Stück je 75 Pf., 500 Stück je 70 Pf.

Alle Rechte vom Verlage vorbehalten

# Flugschriften aus der Deutschen demokratischen Partei

1

## Des deutschen Volkes Schicksalsstunde

Ein erweiterter Vortrag

von

Dr. Richard Seyfert

Verlag von Ernst Wunderlich · Leipzig 1919

Alle Rechte vom Verlage vorbehalten

# I. Rück- und Umblicke

Das unglückliche Schicksal ist das Kind von Verhängnis und Schuld. Die Frage: Welchen Anteil am Schicksal unseres deutschen Vaterlandes hat das Verhängnis, welcher Anteil ist Schuld? nötigt zu einem Rück- und Umblick. Aber wichtiger und dem Leben förderlicher ist die Frage: Werden wir das Schicksal mildern können, oder wird es in voller drohender Härte über uns hereinbrechen? Werden wir von ihm vernichtet werden oder werden wir es meistern können? Diese Frage nötigt zu einem Ausblick in die Zukunft. Für den Rückblick werden wir am besten tun, wenn wir uns hüten, einzelnen Personen die Schuld zu geben, in einzelnen Ereignissen das Verhängnis zu erblicken, für den Ausblick wird es zweckmäßig sein, alles rosigrote Ausmalen beiseite zu lassen.

Furchtbar lastet die Gegenwart auf uns. Niemand empfindet das härter als die Männer, die eben jetzt heimkehren von der Front. Sie sind die Helden einer Tragödie, wie sie gewaltiger nie gespielt worden ist. Zu dem Drama gehören natürlich auch die traurigen Gestalten, die den grauen Rock getragen, die sich aber an den Rand des Krieges verkrochen haben und die feige auch diesen Posten so schnell als möglich im Stiche gelassen haben, vielleicht nicht, ohne vorher irgendein Geschäftchen noch zu machen. Von ihnen reden wir nicht, sondern von denen, die bis zur letzten Stunde an der Front gestanden, gleichviel in welchem Dienste. Ihnen gilt, was Benno Reifenberg in der Frankfurter Zeitung den Feldgrauen zuruft:

**Ihr seid die Sieger!**

„Weil ihr hungrig waret und müde, und euch doch geschlagen habt wie kein Volk der Erde! Mit Tausenden mit Gummi bereiften Lastkraftwagen warf Foch auf glatten Straßen seine Reserven euch entgegen; ihr mühtet euch mit eisenbereiften, die Löcher in die Straße

rissen, die auf Ketten gestützt meterweise vorrückten. Mit schlechtem Betriebsstoff — Benzol — gespeist sprangen die Motoren nicht an. Nur die Flieger durften das wenige Benzin verbrauchen. Unsere Personenwagen fuhren auf Holzrädern, selbst den Sanitätswagen fehlte das Gummi.

Eure Kanonen gaben Tausende von Schuß mehr heraus als man für sie berechnet hatte. Die Franzosen hätten sie längst zum alten Eisen geworfen.

Mit sechs Pferden vor Geschütz und Wagen rückten die Batterien 1914 aus — vier elende ausgemergelte Tiere ziehen sie jetzt zurück. Wie haben eure Pferde hungern müssen! Sind sie nicht 80 Kilometer weit gefahren, um ein paar Butt Stroh zu holen? Mit blutenden Herzen habt ihr aus den Armen Tag und Nacht die letzten Kräfte ausgepreßt. Schon längst sind die Sättel der Handpferde verschwunden, die ledernen Zügel durch Stoffe ersetzt.

Die drüben hatten Gummi, Seide und Aluminium. Ist es da eine Kunst Flugzeuge zu bauen? Mit Ersatzstoffen haben wir unsere Apparate zusammengeleimt, oft nur mit Benzol angetrieben. Und wahrlich, unsere Flieger sind nicht schlecht geflogen. Jahrelang fuhren auf unseren Bahngleisen die Lokomotiven ohne die notwendigsten Reparaturen, mit schlechtem Öl geölt, undicht, kaum eine Steigung überwindend.

Bei den Verhandlungen jetzt kam ein französischer General in unser Armee-Hauptquartier gefahren: in schwarzlackierter Limusine, Dunlop Pneumatik, der Poilu in gutem, dickem Wollmantel, rosig und wohlrasiert. Wie habe ich dich da geliebt, du armer deutscher Soldat, mit deinem Hunger, mit deiner großen Müdigkeit! Habt ihr nicht immer und immer wieder eure wenigen Socken gewaschen, wie oft die nasse Mütze umgekehrt auf den Kopf gestülpt, um das Futter zu trocknen und zu bleichen. Wie sparsam waren die Stiefel mit Holz besohlt, mit Nägeln schwer beschlagen. Wer hat euch das nachgemacht? Was weiß der Soldat, der Schokolade und Biskuit zum Überdruß hat, von der Qual des Trommelfeuers, wenn nichts im Magen ist als ein Stück hartes Kriegsbrot, das tagelang auf dem Tornister getragen war.

Und ihr habt euch doch geschlagen. Seid stolz, seid stolz!

Wer hat gesiegt? Die drüben, die alles hatten? Die Schwarze und Gelbe euch entgegenhetzten, die Amerikaner heranführten, mit der ganzen Welt sich verbanden? Oder ihr, die ihr überall sein mußtet, in Finnland, Ägypten, in der Ukraine, im Westen? Ihr, die ihr nun allein standet, verlassen von Bundesgenossen, noch ärmer als ihr selbst. Da ziehen sie über den Damenweg, über die Cote Lorraine, über den Kemmelberg, im Schutz ihrer Panzerwagen, ihrer Tausende von Geschützen, wohlgenährt, in hellen Haufen; wo ihr gestanden habt lange Jahre, bittere lange Stunden, mit brennendem Magen, keinen Trost im Herzen als das eiserne: ich muß!

Ihr seid die Sieger. Hut ab vor euch!"

Fürwahr ein schwermütigeres Heldenspiel hat es nie gegeben. Ein Heer, das nicht besiegt worden ist, das tief im Feindesland steht, muß fluchtartig dem Gegner den Platz räumen. Wohl grüßt sie die sehnende Liebe der Ihren daheim, wohl grüßt sie Ranken- und Flaggenschmuck, aber kein Siegesgeläut empfängt sie (man nahm uns ja auch die Glocken!), kein Triumphbogen wölbt sich über sie, nicht Freudengesänge klingen ihnen entgegen. Wohl fühlen sie die Erleichterung, die ihnen das Kriegsende bringt, wohl schaut durch den Ernst der Angesichte die Freude, daß sie nun endlich heimkehren können; aber es grub sich doch in ihre Züge das unverdiente Geschick lesbar ein. Sie ertragen es zum Teil mit verbissenem Grimm, doch gelassen und ohne laute Äußerungen des Schmerzes; darum wollen auch wir nicht unsern Schmerz zur Schau stellen. Wir begrüßen sie mit heißem Danke.

Hinter denen aber, die dem Feinde zugekehrt in vorderster Linie standen, schreiten mit dröhnendem Schritt und mit spottendem Munde die Feinde. Sie konnten die Gier nicht meistern, so schnell als möglich den Siegespreis — Elsaß-Lothringen — einzuheimsen, die Gier nicht zügeln, dem verhaßten Feinde den Fuß auf den Nacken zu setzen. Darum die Hast, die unsere Heere zwang, wertvolle Dinge, Nahrungs- und Kleidungsmittel, die Erlösung wären für unser hungerndes und frierendes Volk, im Stich zu lassen, die unsere erschöpften Soldaten zwang, Märsche bis zu 600 km und mehr in Eile zurück-

zulegen, die sie zwang, ihre Waffen, ihre Torniſter, ihr Gepäck wegzuwerfen, habgierigem Geſindel zur billigen Beute.

Der Feind hat uns eiſerne Waffenſtillſtandsbeſtimmungen aufgezwungen. Es würde uns ſchlecht anſtehen, darüber zu jammern oder um Gnade zu flehen. Der Krieg iſt grauſam und der Friede für den Beſiegten auch. Und wenn wir klagen, dann hören wir die Gegenfrage: Wie würden die unter euch mit uns verfahren, die den Sieg ſo ſicher in der Taſche trugen, die euch immer und immer wieder in den Kampf hineintrieben? Leſt, was geſchrieben ſteht: „Kein Fußbreit beſetzten Landes darf dem Feinde zurückgegeben werden! Belgien, Calais, das Erzbecken von Briey und Longwy muß zum deutſchen Reiche geſchlagen werden. Frankreich muß als Großmacht geſtrichen, England muß auf die Knie gezwungen werden.“ Und ſchweigend müſſen wir ſolcher Rede zuhören, denn wir können nicht beſtreiten, daß ſolche Forderungen in weiten Kreiſen erhoben worden ſind. Ertragen wir alſo, was man uns auferlegt, mit ſchweigender Würde. Freilich müſſen wir lauten Einſpruch erheben, wenn etwas geſchieht, was dem Völkerrechte derart widerſpricht, wie es in ſo vielem der Fall iſt, was jetzt geſchieht. Aber laſſen wir alle Hoffnung draußen auf einen Frieden der Verſtändigung und der Verſöhnung. Zu ſpät! Ein furchtbares Wort.

Niederlage und Demütigung iſt unſer Schickſal. Wie weit aber iſt dies unſer Schickſal **Schuld?** Das deutſche Volk hat in ſeiner Mehrheit die Schuldfrage ſchon erhoben und den Urteilsſpruch gefällt, freilich nicht in geordnetem Gerichtsverfahren, ſondern in gewaltſamem Umſturz hat es zu Gericht geſeſſen über die, die nach ſeiner Meinung Schuld tragen. Es hat die Fürſten abgeſetzt, die ihm als die Hauptträger eines ſchuldbeladenen Syſtems erſchienen. Es hat dabei nicht unterſchieden zwiſchen denen, die viel, und denen, die wenig oder keine Schuld tragen. Manchem von uns iſt das menſchliche Schickſal der Fürſten, manchem der Zuſammenbruch einer Regierungsform, die ihm durch Herkommen und Geſchichte geheiligt erſchien, nahe gegangen. Aber wir können ſie nicht zurückrufen, zu viel Weh knüpft ſich an die Namen der Kronenträger der letzten Tage. Nur möchten wir nicht, daß man nun den Männern, die aus ſtolzer Höhe abgeſtürzt ſind, noch Fußtritte verſetzt. Das iſt eines großen Volkes unwürdig.

Noch viel weniger soll man glauben, daß der Kern der Schuldfrage getroffen wäre, wenn man die Fürsten für schuldig erklärt. Auch damit ist es nicht getan, daß man die Minister, die Behörden, die Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen stürzte und auflöste. Nicht die weise Gerechtigkeit waltete dabei mit verbundenem Auge ihres Amtes, sondern eine Feme, die sich selbst ihr Amt gegeben, machte sich zum Richter über das Gewesene. Das Urteil muß nachgeprüft werden. Und da stellt sich heraus, daß wohl einzelne Personen Schweres verschuldeten; aber die Schuld ist allgemein. Und wir alle nehmen an ihr teil. Unser ganzes Wesen, aus dem die Personen und ihre Taten herauswuchsen, trägt Schuld.

Deutsches Wesen ist nicht schlechter als alles Menschliche auf der Erde. Und es wäre unsinnig, nach der Art blinder Eiferer den unglücklichen Ausgang des Krieges als ein Gericht Gottes für eine besondere Schuld unseres Volkes hinzustellen. Nein, wenn wir die Quellen des Übels aufdecken, so geschieht es nicht, um unser Volk bloßzustellen vor den anderen; es geschieht, um den Blick zu schärfen für die tieferen Ursachen des Geschehens, den Willen zu stärken für innerliche Erhebung. Denn es bleibt dabei: der Geist macht lebendig und der Ungeist tötet.

Zwei Irrgeister haben das öffentliche Wesen beherrscht: die **Unwahrhaftigkeit** und der **Mangel an sittlicher Verantwortung.** Die Unwahrhaftigkeit nicht als sittlicher Mangel, sondern als Willensschwäche. Der Deutsche darf sich, was Aufrichtigkeit und Treue, was Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit anlangt, neben jedes andere Volk stellen. Und doch ist es so, daß unserem Volk als einem Ganzen der Mut der vollen Wahrhaftigkeit gefehlt hat. Vielleicht hat es gewußt, daß das Einfürstentum, die Monarchie, nicht mehr getragen war von der Achtung und dem Vertrauen des ganzen Volkes. Man sah es wohl, daß die Kronen nicht mehr das Sinnbild des Gottesgnadentums waren, daß die Träger der Kronen nur eine durch ein gekünsteltes Machwerk gestützte Macht darstellten. Aber man nahm den äußeren Schein für das Wesen. Man übersah es, daß eine Regierungsform innerlich unwahr ist, die sich eben nicht stützen kann auf das Vertrauen des ganzen Volkes. Nur zu

häufig haben geschickte Leute die Person des Fürsten mißbraucht, um eigensüchtige politische und andere Zwecke zu erreichen. Die Person des Fürsten wurde nicht selten zum Mittelpunkt eines widerlichen Spiels von Knechtseligkeit und hohlster Förmlichkeit. Einen wesentlichen Anteil an dem Unglück unseres Volkes haben die Männer, die den Gedanken des Übermenschentums in Fürsten und Fürstensöhnen künstlich gezüchtet und lebendig erhalten haben. Unwahrhaftig in weitem Umfang war auch die sogenannte Verfassung, die Volksvertretung war vielfach nicht viel mehr als bloße Form. Wie oft ist darüber in den einzelstaatlichen Landtagen geklagt worden. Freilich waren die Volksvertreter selbst schuld, daß sie von den Regierungen so behandelt wurden, sie hätten es sich eben nicht gefallen lassen, hätten die Rechte des Volkes viel höher bewerten sollen. Unwahrhaftig war das System, mit dem freie Überzeugung, Mannesmut der eigenen Meinung eines Beamten, eines Untergebenen nicht verträglich war. Manch einer hat darunter gelitten, manch einer im stillen die Faust geballt. Selbst die Dinge, die an sich hoch und heilig sein sollten, Vaterlandsliebe und Religiosität, waren oft genug bei uns Deckmantel für eigennützige Zwecke. Wie bitter rächt sich das in diesen Tagen!

Aus solchem Geist heraus flossen **die unwahren Berichte,** mit denen unser Volk überschüttet worden ist. Sicher haben viele, die an diesen Berichten arbeiteten, im guten Glauben gehandelt, alle vielleicht mit löblicher Absicht, das Volk nicht ohne Not zu beunruhigen und aufzuregen. Ein Mangel an Vertrauen zur sittlichen Kraft des Volkes hat es verschuldet, daß wir nicht zur rechten Zeit zum Frieden kamen, wenn auch mit schweren Opfern. Wie sind die Männer geschmäht worden, die vor jener Selbsttäuschung gewarnt haben, die den Mut fanden, schon vor zwei Jahren ein Angebot des Friedens zu fordern. Ich schäme mich dessen nicht, daß auch ich zu denen gehört habe, die damals noch an einen Sieg, mindestens an einen ehrenvollen Ausgang des Krieges geglaubt haben. Aber ich sehe heute ein, daß ich mit vielen mich geirrt habe, getäuscht durch jene unzutreffenden Berichte. Eine schwere Schuld aber haben die auf sich genommen, die die Stimmen, die zum Frieden rieten, nicht wenigstens zum Anlaß nahmen, sich zu mäßigen in ihren Siegespreisforderungen,

die vielmehr zu immer neuen Anstrengungen trieben. Unaufgeklärt ist heute noch die Frage, ob wir vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg den Frieden hätten haben können.

Aus dem Mangel an Mut zur ganzen Wahrheit fließt auch der **Mangel an sittlichem Verantwortungsgefühl** dem Ganzen gegenüber. Ein Wesen, das darauf angelegt ist, stetig zu befehlen und zu verordnen, zu gängeln und zu leiten, alles unter Aufsicht zu stellen, muß das Gefühl der Verantwortung ertöten. Wie oft hat das Beamtentum, die Lehrerschaft gefordert, man möge ihnen doch größere Verantwortlichkeit zumessen. Die Regierung und die Regierungsparteien haben dieses Streben unterdrückt. Kein Wunder, daß schließlich das Arbeiten zum stummen Gehorchen wurde, daß sich in den Aufsichtsstellen ein Maß von Verantwortlichkeit anhäufte, das streng genommen kein Einzelner tragen konnte. Welche Einbildung gehört dazu, daß jemand glaubt, die Verantwortung tragen zu können für 10, ja 50 Untergebene, die ihre ganze Kraft einsetzen sollen für ein Amt und seine Dienste. Ein solches Gehaben muß zur Aufpasserei, zum Polizeigeist führen auch dort, wo solcher gar nicht am Platze ist. Wieviel Arbeitsfreudigkeit ist damit vernichtet worden! Und gilt dies vom Beamtentum, so nicht weniger vom sogenannten freien Bürgertum, in dem der Mangel an eigener Meinung in öffentlichen Dingen an einzelnen Stellen zu einem würdelosen Streben nach Titeln, Orden und Auszeichnungen, an andern aber zu jenem Stumpfsinn und jener Gleichgültigkeit führen mußte, die jeden für einen Störenfried erklärte, der den Mut zur Kritik fand. Mangel an sittlichem Verantwortlichkeitsgefühl hat die beklagenswerte Laxheit den Gesetzen und dem öffentlichen Wohle gegenüber, hat die Ausartungen des an sich berechtigten Eigennutzes verschuldet, die bis zu gewissenlosem Wucher sich steigerten. Gefördert wurde diese Laxheit durch die Not, durch die Unzahl von Verordnungen, die niemand richtig kannte und niemand vollständig beachtete, damit ist ein Zustand eingetreten, den man aufs tiefste beklagen muß, der Mangel an Achtung vor dem Gesetz, der von Tag zu Tag gewachsen ist und sich in den Erscheinungen des Schleichhandels, der Kundenbevorzugung, des Tauschhandels, der Verheimlichung und allerlei

Durchstechereien offenbart. Welche sittliche Verheerung wird diese Unwahrhaftigkeit auch in unsern Kindern anrichten! Das Schlimmste für uns ist aber wohl der Umstand gewesen, daß der Mangel an sittlicher Verantwortung auch **im Heere** Platz gegriffen hat; der Geist der Disziplinlosigkeit, des Widerstands gegen die Einordnung, offene Widersetzlichkeit sind in den letzten Zeiten im Heer nicht selten gewesen. Es war wohl natürlich, daß die Länge des Krieges, die Erschöpfung der Leute, die Entbehrungen und Anstrengungen ihren Anteil haben, zum wesentlichen Teil ist aber das Übel auf das Verhalten einzelner Offiziere zurückzuführen. Es darf sich niemand wagen, die Ehre unseres Offizierstandes im allgemeinen anzutasten; viele Tausende von ihnen haben in treuer Pflichterfüllung neben und vor ihren Mannschaften gekämpft, viele Tausende haben so ihren Tod für das Vaterland gefunden. Aber in dem Maße, in dem ihre Reihen gelichtet wurden, in dem Maße mußten ungeeignete Elemente eindringen, denen der ganze Ernst der Veranwortung, der auf ihnen lag, nicht bewußt geworden ist. Auf sie entfällt ein gewaltiger Teil der Schuld daran, daß unser Heer innerlich wankend werden mußte. Was unser Volk innerlich zermürbte, das hat auch dem Heer sein Schicksal bereitet.

Daß sie den Geist der Unwahrhaftigkeit und den Mangel an sittlichem Verantwortungsgefühl gefördert haben, das ist die Schuld der Wissenden und der Regierung, daß das Volk im ganzen diesen Geist nicht erkannte und bekämpfte, das ist sein Verhängnis.

Unser Verhängnis aber war unsere politische Führung, vor allem unsere **Vertretung dem Ausland** gegenüber und im Ausland. Wir sind darüber entsetzt gewesen und sind es heute noch, daß wir in der Welt keinen Freund haben. Das kann doch nicht anders erklärt werden als dadurch, daß unsere Vertretung nicht imstande gewesen ist, die Kräfte, die gegen uns im Ausland gearbeitet haben, zu erkennen und wettzumachen. Daß wir der Freundschaft anderer Völker nicht wert seien, davon wird uns niemand und nichts, auch das schwerste Geschick nicht, überzeugen. Die Welt verdankt dem Deutschtum doch so unendlich viel. Es muß uns völlig an der Fähigkeit fehlen, daraus auch Nutzen zu schlagen. Es ist doch nicht Groß-

sprecherei, wenn wir auf deutsche Erfindungen und Entdeckungen, auf deutschen Geist und deutsche Kunst hinweisen, die alle in der Welt gerühmt werden, deren Früchte sich die ganze Welt zunutze macht. **Aber gerade unser Fleiß, unsere Tüchtigkeit sind unser Verhängnis gewesen.** Wir haben über all dem Arbeiten und Schaffen, Verdienen und Vorwärtsstreben nicht gesehen, wie man uns um die Früchte unseres Fleißes bringt, wie Lüge und Verleumdung gegen uns im Ausland arbeitet. Und wir haben nichts dagegen getan. Die deutsche Diplomatie hat sich als durchaus unfähig erwiesen: sie hat das Unheil nicht herankommen sehen, sie hat es nicht wahrgenommen, wie Schritt um Schritt der Haß gegen Deutschland draußen wuchs und wuchs. Wir haben **keine Presse** im Ausland gehabt, wir haben das Deutschtum draußen nicht unterstützt, haben es verkümmern lassen. Wieviel Klagen hat man gehört über das Versagen der deutschen Vertreter. Nichts ist zur rechten Zeit zur Abhilfe geschehen. Es lag eben im alten Wesen, daß nicht die durchaus tüchtigsten und für diese Aufgabe befähigtsten Männer an solche Stellen gestellt wurden, und es war natürlich, daß die Berufenen im Geiste dieses alten Wesens arbeiteten. Heute sehen wir mit Schrecken, was versäumt worden ist.

Unser Verhängnis war natürlich auch die Schwäche unserer Bundesgenossen. Der Zusammenbruch Bulgariens kann nicht Verrat genannt werden; es war eben an den Grenzen des Möglichen angekommen. Und die innere Schwäche Österreich-Ungarns ist ja in dem Umsturze so deutlich zutage getreten, daß auch das blödeste Auge sie erkannte. Sie war aber schon da, als der Krieg begann. In dem befreundeten Reiche war die innere Unwahrhaftigkeit hundertfach stärker als im deutschen Reiche; der ganze Aufbau dieses Staatsgebildes war zur inneren Unwahrheit geworden. Auch hier Schuld und Verhängnis zum Schicksal verbunden. Und wir hatten unser Geschick an dieses morsche Gebilde geheftet. Dabei wollen wir der treuen Kameradschaft, die Tausende von drüben unsern Soldaten gehalten, nicht vergessen. Das deutsch-österreichische Volk ist ja genau so im Ungewissen gewesen wie das unsere. Und die es anders wußten, mußten schweigen.

Unser Verhängnis war endlich die Übermacht unserer Gegner. Eine gerechte Geschichtschreibung wird es bewundernd anerkennen, daß wir vier Jahre lang einer solchen standgehalten haben. Was unsere Soldaten vollbracht haben, das wird man überall da, wo für Heldentum noch ein Rest von Ehrfurcht geblieben ist, preisen. Gegen fünf- und zehnfache Übermacht haben sie sich gehalten, haben sie im Vorstoße Erfolge errungen; in allem, was die Technik leisten kann, waren sie in der Menge unterlegen, und doch die gewaltigen Erfolge. Aber es gibt eben eine Grenze des Möglichen, und die war seit Monaten erreicht. Das wußte jeder einfache Soldat draußen an der Front, dem deutschen Volke wurde es verschwiegen oder als nicht entscheidend hingestellt. Die europäischen Gegner hätten wir niedergerungen. Rußland war ja schon bezwungen, Frankreich und England hätten dem kriegserfahrenen Deutschland nicht auf die Dauer widerstehen können. Als aber Amerika in den Kampf eintrat, war unser Schicksal besiegelt. Heute sehen wir es alle, was die verantwortlichen Stellen hätten wissen müssen. Kenner haben gewarnt. Wir waren und blieben blind. Darum unterlagen wir der gewaltigen Übermacht.

Die Kampfweise unserer Gegner war unser Verhängnis. Sie haben unser Heer nicht in der offenen Feldschlacht überwunden. Sie haben die Männer bezwungen, indem sie Frauen und Kinder würgten. Jene furchtbare Drohung aus dem englischen Munde (war es Churchill oder Asquith, der sie ausgesprochen?), daß man Deutschland den Knebel in den Mund stoßen und langsam ihm die Luft abdrehen würde, sie ist wahr geworden. Das deutsche Volk ist durch den Hunger, nicht durch Heldentaten seiner Gegner niedergerungen worden.

Wie groß auch die Schuld einzelner, wie groß auch die wissende und unwissende Schuld des Ganzen gewesen sein mag, stärker als die Schuld ist an unserem Schicksal das Verhängnis beteiligt. Das soll uns die Buße erleichtern.

*

Und nun ist die **Revolution** gekommen. Wie ein Dieb in der Nacht. Heute sehen wir ein, daß sie kommen mußte. Alle Verhältnisse sind reif dazu gewesen. Wir glaubten sie bannen zu können

durch allerlei Vorbeugungsmittel. Im Reiche wurde die kaiserlich begnadigte Regierung gestürzt, die Regierung des Volkswillens, die parlamentarische Regierung trat an deren Stelle. Die Reichskanzler kamen und gingen. Immer entschiedener drängte der demokratische Geist. Und als Prinz Max von Baden Reichskanzler wurde, als er auf Ludendorffs dringendes Bitten die Feinde um Waffenstillstand bat, als Erzberger zum Unterhändler des Deutschen Reiches wurde, als Scheidemann und Ebert als verantwortliche Mitglieder in die Regierung eintraten, da glaubten viele, das sei der Gipfel der inneren Umwälzung. In fast allen deutschen Staaten schickte man sich an, die parlamentarische Regierungsform einzuführen. In Sachsen traten sämtliche Minister zurück; Fachminister, die das Vertrauen der Mehrheit des Landtags, bestehend aus den Parteien der Linken — von den Nationalliberalen bis zu den Mehrheitssozialisten — genossen, wurden berufen und daneben parlamentarische Minister aus den Reihen der Abgeordneten gewählt: Es schien, als ob durch die bedeutsamen Umbildungen auf gesetzlichem Wege die Neuordnung erstehen sollte. Wie ein Kartenhaus ist all das damals Gewordene zusammengefallen. Wie eine Windsbraut flog die Revolution über die deutschen Lande dahin. Sie ist im ganzen unblutig verlaufen — aber sie geht noch nicht zu Ende.

Die Väter der Revolution, die Sozialisten beider Richtungen, die der Mehrheit wie die Unabhängigen, haben gemeinsam die Regierung im Reiche, in den Staaten, in den Gemeinden übernommen. **Das Bürgertum** ist beiseite gestellt worden. So, als verstünde sich das alles ganz von selbst, ist es geschehen. Das Bürgertum — um diesen Ausdruck im alten Sinne weiter zu gebrauchen — hat es schweigend zunächst geschehen lassen. Ja, es hat sich nahezu einhellig auf den Boden des Gewordenen gestellt. Mancher will es heute noch nicht begreifen, daß dies richtig gewesen ist. Man redet von Feigheit und Kopflosigkeit. Ja man bezeichnet es als unverantwortliche Schwäche, daß sich bürgerliche Kreise erboten haben, der neuen Regierung zu helfen, Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten. Gewiß war die Ruhe nicht überall aus der Überlegung hervorgegangen, daß jeder Widerstand die Gefahr des Bürgerkriegs in sich birgt; ge-

wiß ist hier und da eine Art Lähmung die Ursache der Stille gewesen, im ganzen aber hat das Bürgertum den Verzicht, den es sich auferlegt, bewußt geleistet. Und dieser Verzicht hat den inneren Frieden gesichert. Das ist das geschichtliche Verdienst des Bürgertums. Es ist sich bewußt, daß die Sozialdemokraten mit dem Genuß der Macht auch die schwere Last der Verantwortung übernahmen. Die zu erschweren, hatte es keinen Grund. Wenn sich die Sozialdemokratie rühmen wird, daß sie dem Volke den neuen Staat und mit ihm den Frieden gebracht hat, so muß das Bürgertum seinen Anspruch erheben: ohne dessen Hilfe hätte die Sozialdemokratie nichts als den Einsturz erreicht; die Ruhe und Ordnung, auf die aber alles ankam in diesen schweren Tagen, hätten sie nicht erhalten können. Man denke sich nur einmal, die Beamten der Eisenbahn hätten gestreikt — wie es z. B. die Bergarbeiter in Schlesien trotz der ungeheuern Not an Kohlen getan haben —: die furchtbarste Hungersnot wäre sofort eingetreten, weil weder Kohlen noch Kartoffeln, noch sonstige Nahrungsmittel hätten befördert werden können. Oder man denke, die Beamten, die die Volksernährung verwalten, hätten ihren Dienst nicht willig weitergeführt, auch hier dasselbe Bild. Also, daß Ruhe und Ordnung im Lande bestehen geblieben ist, das dankt das Volk nicht den jetzigen Machthabern, mindestens ihnen nicht allein, sondern ganz vorwiegend den Teilen des Volkes, die pflichtgetreu ihre Arbeit zum Nutzen des Ganzen weiter geleistet haben. Die Verantwortung freilich für das Ganze tragen die Männer, die sich die Macht angeeignet haben. Und an allen Ecken und Enden sieht man, wie diese Last für ihre Schultern zu schwer wird. Zwar haben sich die Mehrheits- und die Unabhängigen Sozialisten vereinigt, **aber sie sind nicht einig.** Heftige Kämpfe finden innerhalb der Regierungsstellen statt und vielfach heben sich die Kräfte gegenseitig auf. Das tritt am deutlichsten an dem Reichsmittelpunkt, in Berlin, zutage. Das läßt sich auch in den Einzelstaaten beobachten. Die Mehrheitsregierungen erlassen Verordnungen, die unabhängigen Unterstellen weigern sich, diese auszuführen, setzen an deren Stelle andere, entgegengesetzte Verordnungen. Dazu kommt die Gefahr der Radikalen, der Kommunisten und Anarchisten, der Spartakusleute und der

deutschen Bolschewisten, deren Führer Liebknecht ist. Sie wollen bewußt die Schreckensherrschaft aufrichten, die Regierungsgewalt des Proletariats dauernd machen. Die Gefahr, daß diese Richtung Zulauf erhält, wird immer größer. Dazu kommt, daß die Grenze zwischen den Äußersten und den Unabhängigen nicht scharf gezogen werden kann, bezichtigen doch Mehrheitssozialisten offen die Unabhängigen, daß sie verkappte Spartakisten seien. Eine so in sich gespaltene Regierung kann in diesen schweren Zeiten das deutsche Reich nicht auf die Dauer leiten, es strebt unaufhaltsam seinem Untergang entgegen. Die Feinde, die auf deutschem Boden jenseits des Rheins stehen, lehnen es ab, mit dieser Regierung zu verhandeln. Sie ist in ihren Augen nur eine vorübergehende Erscheinung. Sie kann auch nichts anderes sein, denn sie vertritt doch eben nur eine Minderheit des Volkes, noch dazu eine Minderheit, die in sich uneinig ist.

Dazu kommt, daß die meisten Männer, die in den Gemeinden und in den Einzelstaaten die Gewalt haben, ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein können, weil ihnen die Vorbedingungen dazu fehlen. Wer eine Sache leiten will, muß sie selbst aufs gründlichste verstehen. Ist das nicht der Fall, so muß er Sachverständige berufen oder vorhandene Beamte gewähren lassen und sich mit der politischen Rolle begnügen. Geschähe das überall, wie es ja vielfach geschieht, so wäre zwar die Sache sehr kostspielig, aber es läge keine unmittelbare Gefahr vor. Aber diese Mäßigung und Zurückhaltung zeigt man nicht überall, vielmehr wird stellenweise **drauflos regiert,** als handle es sich um die selbstverständlichste Sache der Welt. Statt daß man sich in den Regierungshandlungen auf Maßnahmen beschränkt, die aus der Not des Augenblicks erwachsen, auf Maßnahmen, die dazu dienen, das Elend zu mildern und zu verhüten, das in bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung unser Volk betroffen hat, statt nur das Allerdringlichste zu ordnen, wird an vielen Stellen mit einer Geschäftigkeit gearbeitet, als ob wir mitten im tiefsten Frieden wären, da wird angeordnet, eingerissen, in bestehende Verhältnisse gewaltsam eingegriffen, oft bis in Kleinliches hinein neugeordnet, da wird angeordnet und wieder aufgehoben, da wird von der einen Stelle geboten, was von der anderen verboten wird: kurz, es entsteht ein Bild,

als ob wir nicht 22 Fürsten im deutschen Reiche hätten, sondern 220. Ein wirres Durcheinander. Dabei hat man in das **Wirtschaftsleben** in gewaltsamer Weise eingegriffen, hat Anordnungen getroffen, von denen niemand weiß, ob sie zum Heil oder Unheil ausschlagen werden; eine Unsicherheit ist entstanden auf wirtschaftlichem Gebiete, da niemand weiß, was morgen geschehen mag. Das ist ja so schlimm geworden, daß die Reichsregierung selbst vor gewagten Versuchen warnen mußte. Wohin man auch blickt, nirgends der Ausblick auf Ruhe und Stetigkeit, überall die Gefahr des Zusammenbruchs und des Untergangs. Sähe man kein Ende dieses Zustandes, so müßte man wohl sagen: Deutschlands Schicksalsstunde ist seine Sterbestunde; die Feinde stehen am Sarge eines gewesenen großen und starken Volkes.

Aber das deutsche Volk will nicht sterben, am allerwenigsten will es sich selbst töten. **Das deutsche Volk will leben!** Es ist noch lebensfähig und zum Leben berechtigt. Darum ruft es nach neuer Lebensluft. Ein Ruf durchdringt die deutschen Gaue, der Ruf nach einer

**deutschen Nationalversammlung.**

Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes fordert sie, auch die Mehrheitssozialdemokratie. Die Soldaten, die von der Front kommen und die Wirrnis im Innern des deutschen Reiches mit Schrecken sehen, fordern sie. Nur die Unabhängigen und die Liebknechtgruppe bekämpfen sie, weil sie fürchten, daß dann mit ihrer Herrschaft aufgeräumt wird. Sie fürchten die Ordnung und das Gesetz. Sie fürchten gerade das, was dem deutschen Volke Errettung bringen kann. Jeder Tag Verzögerung bedeutet Verstärkung der Gefahr, jeder Tag früher bedeutet einen Gewinn. Höchste Eile tut not.

Will man freilich so schnell als möglich zur Wahl kommen, so muß das Wahlverfahren so einfach als möglich gestaltet werden. Die Wahl müßte an allen Stellen zu gleicher Zeit vorbereitet werden. Das umständliche Listenverfahren ist dazu ungeeignet. Natürlich muß für jeden Ort eine peinlich genau aufgestellte Wählerliste da sein, das ist die Einwohnerliste selbst, in der ja jeder über 20 Jahre alte Deutsche nach Namen, Geburtstag, Geburtsort usw. eingetragen ist. Andere Wahllisten aber sind überflüssig, wenn die Wähler auf Grund eines **Ausweises** wählen. Der Ausweis ist ein einfacher Zettel, auf dem,

amtlich beglaubigt, Name, Alter und Stand des Wahlberechtigten aufgezeichnet ist. Die Herstellung dieser Wahlausweise kann ungesäumt beginnen. Freie, schreibgewandte Kräfte können dabei helfen. In acht Tagen kann auch in den größten Städten die Arbeit beendet sein. Zu bestimmter Zeit können die Ausweise abgeholt werden, zur Legitimation dabei verwende man die Brotkarte. In wiederum acht Tagen kann auch diese Arbeit beendet sein. Und nun kann überall die Wahl stattfinden. Wo einer auch sei, sein Wahlausweis berechtigt ihn dort zur Wahl. Er gibt den Ausweis ab und wird zur Wahl zugelassen. Die abgegebenen Ausweise sind zugleich das Prüfungsmittel dafür, daß die Wahl richtig verlaufen ist. Die im Heere stehenden Männer erhalten ihren Ausweis auch von ihrem Wohnorte, aber am besten durch eine militärische Vermittlungsstelle. Auch der Soldat kann überall, wo er gerade sich befindet, wählen. Wie einfach wäre ein solches Verfahren!

Die Wähler geben auf ihrem Stimmzettel nur die Partei an, der ihr Auserkorener angehören soll. Das ist die einfachste und sicherste Weise, wenigstens für diesmal. Die Parteien müßten natürlich so schnell als möglich sich gegeneinander abgrenzen. Jetzt sind doch die Köpfe noch ziemlich verwirrt durch die mancherlei Neugründungen in den letzten Tagen. Und es müßte sofort die stärkste Aufklärungsarbeit beginnen; sie hat ja schon überall eingesetzt. Den langen Wahlkampf sollten wir uns ersparen. Wer in vier Wochen noch nicht aufgeklärt ist, der wird es auch in acht oder zwölf Wochen nicht werden; wer jetzt nicht einsieht, daß er wählen muß, daß es sich um Leben und Sterben unseres ganzen deutschen Volkes handelt, der ist entweder ein Dummkopf oder ein Wicht. Man soll sie aber auch nach der Wahl als solche behandeln und nicht anerkennen, daß es ein Zeichen von besonderer Vornehmheit wäre, wenn man sich nicht politisch betätigt.

Aber die Parteien! Was ist das wieder für ein unerquickliches Bild, das unser Volk da bietet! Die politisch reifen Männer müßten doch darin jetzt übereinkommen: So viel Parteien als nötig, aber so wenig als möglich. Daß jetzt in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes all die feinen Glaubensunterschiede in politischen Dingen sich

auswirken müßten, daß jetzt die Standes- und Berufsinteressen, die sonst für jede Wahl bedeutsam sein können, irgendwelchen Einfluß ausüben dürften, das vermag ich nicht einzusehen. Gewiß gibt es unüberbrückbare Gegensätze; die kämen aber hinreichend zur Geltung, wenn zwei bürgerliche und zwei sozialdemokratische Parteien sich bildeten. Das Zentrum wird sich allerdings nicht in diesen Rahmen fügen. Immerhin könnte das deutsche Volk in fünf Parteien zur Wahl zur Nationalversammlung schreiten. So wird es ja wohl auch in der Hauptsache geschehen: die bisherigen Konservativen haben sich zusammengeschlossen zur deutschen nationalen Partei; die Liberalen bilden die deutsche demokratische Partei und die beiden sozialdemokratischen Gruppen werden gesondert marschieren. Leider können noch nicht alle Politiker sich in diese Vereinfachung fügen. Vor allem ist es beklagenswert, daß sich die bisherigen Nationalliberalen gespalten haben, daß ein Flügel eine besondere Partei gebildet hat, die deutsche Volkspartei. Man muß es beklagen, daß diese Gründung einen tiefen Riß vor allem in die Reihen der sächsischen bisherigen nationalliberalen Wähler bringt, die bisher bis auf wenig Ausnahmen zehn Jahre lang im Landtage eine einmütige geschlossene Politik getrieben haben, eine Politik, die volkstümlich im besten Sinne geworden war, auf grund deren sie sich mit Fug und Recht schon bisher hätten Demokraten nennen können, wenn eben dieses Wort bisher nicht einen übeln Beiklang gehabt hätte. Der ist jetzt verschwunden. Und wenn sich die Liberalen zu einer demokratischen Partei vereinigen, so nehmen sie damit zwar einen neuen Namen an, aber das, was jetzt Demokratie heißt — Vertretung der Volksrechte — das ist immer der Inhalt ihrer Politik gewesen. Die sächsischen Nationalliberalen dürfen darauf hinweisen, daß sie, ohne einem äußeren Drucke zu folgen, das **allgemeine gleiche Wahlrecht** als eine Notwendigkeit, die aus den Kriegsereignissen folgte, erkannt und gefordert haben, daß sie für die Zweite sächsische Kammer, die sie als die eigentliche Volksvertretung ansehen, höhere Rechte forderten als für die Erste. Das sind zwei so unanfechtbare Nachweise dafür, daß die Liberalen nicht etwa jetzt erst sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen, wie die Sozialdemokratie so irreführend behauptet,

daß sie vielmehr in Wort und Tat für Erweiterung und Verstärkung der Volksrechte eingetreten sind. Das Wort demokratisch ist nicht etwa ein bloßes Zugeständnis an die Strömung der Zeit; es hat doch einen viel tieferen Sinn; es soll einmal ein Bekenntnis zum neugewordenen **Volksstaat** sein, zugleich aber auch eine **Abwehr aller einseitigen Klassenherrschaft: Das ganze Volk** soll an der Gestaltung seines Schicksals mitwirken! Der Übertritt zur demokratischen Partei war kein Treubruch den bisherigen Zielen gegenüber; denn wer wahrhaft liberal war, strebte bisher schon darnach, den Anteil des ganzen Volkes an der Regierung zu erweitern und zu verstärken, das wird er auch in Zukunft tun. Galt es früher einer engherzigen Regierung und einer eigennützigen konservativen Regierungstruppe, die die Macht in der Hand hielt, diese Macht zum Teil zu entreißen, so handelt es sich jetzt darum, das Volk vor einer neuen Klassenherrschaft, vor der Diktatur des Proletariats zu bewahren. Die deutsche Demokratie will sich mit ihrem Namen nicht an die Sozialdemokratie anbiedern, sie will nicht mit ihrem Namen ködern, sondern der Name ist ein Weckruf an das ganze Volk. Die liberalen Parteien waren wirkliche Volksparteien schon bisher; denn in ihnen fanden sich alle Volkskreise in fast gleicher Stärke zusammen, auch Arbeiter gehörten ihnen in großer Zahl zu; darum dürfen sie sich mit Fug und Recht jetzt eine demokratische Partei nennen und demokratische Forderungen stellen. Wie freilich die bisherigen Konservativen es mit ihren Grundsätzen vereinigen wollen, das Programm der deutschen nationalen Partei gutzuheißen, ist mir nicht recht verständlich. Sie haben bis zum Tage der Revolution alle Maßnahmen, die auf eine Erweiterung und Verstärkung der Volksrechte hinzielten, aufs schärfste bekämpft. Die Sozialdemokratie brüstet sich damit, daß sie nichts umzulernen brauche. Das ist ein Irrtum. Wohin das halsstarrige Festhalten an grauen oder roten Theorien führt, das zeigen uns ja die Leute um Liebknecht und um Rühle. Diese behaupten, die wahren Sozialdemokraten zu sein, und werfen den Mehrheitssozialisten vor, daß sie sich von den Lehren der wahren Sozialdemokratie mehr und mehr entfernt hätten. Darin haben sie zweifellos recht. Aber diese Wandlungen sind erzwungen

worden von den Verhältnissen und bedeuten, daß sich auch die Sozialdemokratie anzupassen weiß, weil sie sonst den Boden im Volk verlieren würde. Auch die Sozialdemokratie hat lernen müssen. Aber auch wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, daß wir in manchen Stücken umgelernt haben. Der Krieg ist ein grausamer, aber wirksamer Lehrmeister. Und nichts gelernt zu haben, das hieße, das Schicksal herausfordern. Als neue Deutsche müssen wir die Wahl zur Nationalversammlung vorbereiten und vornehmen.

## II. Ausblick

Die Nationalversammlung hat eine neue Regierung zu schaffen. Sie soll getragen sein von dem Vertrauen des Volkes. Freilich wird die Regierung durch eine Mehrheit bestimmt werden müssen, und es wird vielleicht ein Teil des Volkes mit ihr nicht einverstanden sein. Wahrscheinlich werden dies die Parteien der Rechten und der äußersten Linken sein. Das wird sich nicht vermeiden lassen. Aber eine überwältigende Mehrheit wird einer Reichsregierung zustimmen, die zusammengesetzt ist aus der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie. Die beiden Parteien werden, wenn nicht alle Zeichen trügen, für die Wahl der Regierung zusammengehen. Auch das Zentrum bezeichnet sich ja als eine demokratische Partei.

So schnell als möglich gilt es, diese Regierung zu schaffen; denn der Feind erkennt die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. Und würde nicht bald eine wirkliche Volksregierung gebildet, so besteht die Gefahr, daß die Feinde weiter einmarschieren in deutsches Land. Ihnen jeden Vorwand zu nehmen, muß die Nationalversammlung so bald als möglich zusammentreten können. Der Frieden als Preis sollte er nicht alle Bedenken, alle Schwierigkeiten, die geflissentlich oder unwissentlich ihr entgegengestellt werden, überwinden? Als Unterhändler beim Friedensschluß aber sollten die tüchtigsten und fähigsten, kraftvollsten und gewandtesten Männer abgesandt werden, die unser deutsches Volk aufzuweisen hat. Schon in den Persönlichkeiten soll sich das deutsche Wesen

offenbaren. Sie sollen aufrechten Hauptes zu den Verhandlungen schreiten; denn sie vertreten ein Volk, das seine Ehre durch alle Nöte gerettet hat. Können sie auch die Härte der Friedensbedingungen nur wenig mildern — die Phrase vom Gerechtigkeitsfrieden ist längst zerstoben —, so sollen sie doch den Gegner und auch die neutralen Beteiligten zur Achtung zwingen. **Die Achtung** muß der Boden sein, auf dem sich unser neues Verhältnis zu den anderen Völkern und Staaten aufbaut. Daß wir uns nur die Achtung nicht auch noch verscherzen, dafür sollte auch im Innern gesorgt werden!

Was der Frieden uns bringt und was er uns nimmt, niemand weiß es. Ich höre Stimmen, die auf die Menschlichkeit, auf das Verständnis für unsere furchtbare Lage rechnen; ich höre Stimmen, die auf Wilsons völkerversöhnenden Einfluß bauen, Stimmen, die da meinen, die Internationale werde mildernd eingreifen: Gott gebe, daß die einen oder die anderen recht hätten. Mein Glaube daran ist gering. Besser wohl ist es, wenn wir nicht darauf bauen, wenn wir uns darauf einrichten, den bittern Kelch bis zur Neige zu leeren.

Und die Folge davon wird die sein, daß ein Stachel im Herzen des deutschen Volkes zurückbleiben wird, bei dem einen als entsagende Trauer, beim andern als Ingrimm, beim dritten als Haß, beim vierten als Gefühl, das nach Rache schreit. Und hier setzt die eigentliche Schicksalsfrage ein: Wie wird das deutsche Volk den Frieden ertragen?

Es wird eine Partei geben, die vom ersten Tag an nach Rache rufen wird, die sobald als der Frieden geschlossen ist und wir wieder Herr unserer Entschlüsse geworden sind, zu neuen Rüstungen und zu neuen militärischen Verbrüderungen auffordern wird. Doch könnte ich mir nichts Verhängnisvolleres denken, als wenn eine solche Stimmung die Oberhand bekäme. Krieg dem Kriege! Das muß das Ergebnis des männermordenden Kampfes sein, an dessen Ende wir jetzt stehen, das Ergebnis, das für alle Völker, auch für das deutsche, ein Segen wäre.

Und doch müssen wir die Scharte auszuwetzen versuchen. Denn der Friede darf uns nicht vernichten. Aber wir müssen andere Wege als die kriegerischen suchen, das Verlorene wieder zu erringen.

Durch Waffengewalt wird es nie geschehen. In solcher werden wir eben die Welt gegen uns haben. Auf einem neuen Wege, in einem neuen Geiste müssen wir versuchen, unsere alte Stellung wieder zu erlangen. Der Weg beginnt bei uns selbst. Ein neues Wesen sollen wir gestalten, in dem die beiden Irrgeister der Unwahrhaftigkeit und des Mangels an sittlicher Verantwortung ausgeschieden sind. Ein neues Wesen, in dem bürgerliche Freiheit und Mannesmut einen ewigen Vertrag miteinander geschlossen haben, eine wahrhafte Demokratie, in der Freiheit und Gerechtigkeit für jedermann oberstes Gesetz ist: **das Volksstaatstum.**

Der neue Geist aber setzt voraus, daß die stumpfe Gleichgültigkeit aus dem Bürgertum entweicht. Gelingt es jetzt nicht, das ganze Volk aufzuwecken, dann werden wir unserem Schicksal erliegen. Fast scheint es so, als ob doch die Anteilnahme am Geschick des Ganzen viele Tausende ergriffen hätte. Man strömt zu den Volksversammlungen; Männer und Frauen beteiligen sich an der Wahlarbeit. Gelingt es uns, dauernd das ganze Volk in diesem Geist zu erhalten, so werden wir uns innerlich wieder aufbauen.

Wir müssen unser Verhältnis zu den andern Völkern von Grund aus ändern. Wir haben weder unsere Freunde noch unsere Feinde richtig gekannt. Wie wir unsere eigenen Kräfte überschätzt haben, so auch die unserer Freunde. Wir sahen wohl, daß das Gebäude der österreichisch-ungarischen Monarchie innerlich morsch war, zu deutlich standen ihm ja die Zeichen des Verfalls an der Stirn geschrieben. Aber auch hier täuschten wir uns über die Gefahren einfach hinweg oder suchten sie mit untauglichen Mitteln zu bannen Wir lobten die Bulgaren über den grünen Klee und mußten doch wissen, daß sie noch ein halbbarbarisches Volk sind, das von Hunger und Entbehrungen zehnfach rascher als ein streng erzogenes Volk mürbe gemacht wird. Und wir sahen nicht, daß auch die Türkei nicht zuverlässig sein konnte, selbst wenn in ihr lauter guter Wille lebendig gewesen wäre, die Einflüsse unserer Gegner hatten doch jahrzehntelang uns entgegengearbeitet. Schlechte Menschen- und Völkerkenner sind wir gewesen. Nun freilich, wer das eigene Volk nicht kennt, wie will der die andern richtig einschätzen. Auch über unsere

Gegner haben wir uns getäuscht, und wir haben ihre militärischen Kräfte nicht richtig eingeschätzt, haben nicht geglaubt, daß Amerika das vollbringen kann, was jetzt vor unseren Augen offenbar ist. Wir haben wohl die äußeren Anzeichen der Feindseligkeit gegen uns gesehen, aber keinen Weg gefunden, an irgendeiner Stelle zu unseren Gunsten die Stimmung zu wenden. Hier liegen Mängel unserer Durchbildung, Mängel unserer politischen Erziehung, vielleicht Mängel unserer Begabung vor, die wir durch ernste Arbeit beseitigen müssen. Tausende befähigter junger Leute sollten damit beauftragt werden, das Ausland zu studieren und die Kenntnis von ihm unter dem Volk verbreiten.

Nicht würdelos sollen wir um Freundschaft buhlen, aber mit Weltgewandtheit und Weltklugheit sollen wir uns wieder einreihen in das Ganze. Das ist eine Aufgabe einer groß angelegten staatsbürgerlichen Erziehung.

Nichts aber darf geschehen, was gegen den Willen zum Frieden verstößt. Der Glaube an die Notwendigkeit von Kriegen muß ausgerodet werden.

Um wieder zur Weltgeltung zu gelangen, gibt es für uns nur ein Mittel:

**die wertschaffende Arbeit.**

Die Quellen eines neuen Wohlstandes sind der uns bleibende **Boden** mit seinen Schätzen und die uns werdenden **Menschen.** In weiser Verteilung, ohne Raubbau zu treiben, müssen wir dem Boden entringen, was er herzugeben imstande ist. Es darf in Zukunft in Deutschland kein Ödland mehr geben, die hunderttausend Hektar brachliegenden Landes sind ungesäumt urbar zu machen. Der Traum einer großen Ansiedelungstätigkeit im Osten ist jäh zerstört worden; so müssen wir im Innern kolonisieren. Der weniger ertragreiche Großbetrieb in der Landwirtschaft muß eingeschränkt, das mittlere und kleinere Bauerntum vermehrt werden. Der große Plan, Krieger für die kleine Landwirtschaft anzusiedeln, ist mit allen Kräften durchzuführen. Das alles wird die Erzeugung von Nahrungsmitteln steigern. Und wenn wir darin nicht völlig unabhängig werden können, so doch zum großen Teil. Und das muß

unser Ziel sein, nicht um uns abzuschließen gegen das Ausland, das wäre ja für unsern Zweck verkehrt, sondern um möglichst wenig unmittelbare Bedürfnisse aus dem Auslande zu brauchen. Auch die hoffnungsvollen Anfänge, brauchbare Gespinstpflanzen planmäßig anzubauen oder Wildwachsende auszunutzen, sollten ja nicht aufgegeben werden. Warum sollte man das, was uns die Natur zu geben bereit ist, nicht nehmen, selbst auf die Möglichkeit hin, daß dafür besondere Arbeitskräfte geschult werden müssen? Das Meer, die Ströme und die Teiche müssen uns Nahrung liefern; die Fischzucht muß in großem Ausmaße eingeführt und betrieben werden. Unsere Gelehrten müssen dazu helfen, daß die Luft uns ihren Stickstoff wohlfeil hergibt, damit wir der künstlichen Düngemittel bald entbehren können. Den Schnaps- und Biergenuß müssen wir, wie wir es jetzt gelernt haben, wenn nötig durch gesetzliche Bestimmungen, eindämmen, damit alles Getreide, alle Kartoffeln, aller Zucker zur menschlichen Nahrung verwendet werden kann. Die Kleinhaus- und Gartenwirtschaft, die im Kriege so Erfreuliches geleistet hat, muß zum Lebensbedürfnis des Volkes wieder werden. Die kraftvolle Bewegung des Eigenheims, der Kriegerheimstätten darf nicht nachlassen, ja sie ist eine der wichtigsten Grundlagen unseres neuen Wirtschaftslebens. Und ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich die Forderung des Achtstundenarbeitstags mit dieser Frage in engste Verbindung bringe. Sechzehn Stunden vom Tage dem Nichtstun widmen, das hieße unsere wirtschaftlichen und geistigen Kräfte geradezu vergeuden. Das wäre ja das beste Mittel, den Wiederaufbau unseres Volkslebens zu verhindern, unmöglich zu machen. Die Mußestunden muß auch der Fabrik- und Handarbeiter noch zu irgendeiner ihm nützlich erscheinenden, ihn vielleicht beglückenden Beschäftigung benutzen. Und was gäbe es da Schöneres als einfache wirtschaftliche Arbeit in Haus und Hof und Garten? Eine Arbeit, bei der auch die Kinder mithelfen und den Segen der Arbeit verspüren könnten. Ohne eine solche oder ähnliche Ergänzung (politische Arbeit, Bildungsarbeit, künstlerische Heimarbeit u. dgl.) kann ich die Einführung des Achtstundentags, die ich sonst billige, nicht für einen Segen halten. Was an industrieller Arbeit verloren geht, muß an

anderer, vor allem auch an geistiger Arbeit gewonnen werden. Die Industrie darf, wie dies ja seit Jahrzehnten gefordert und mit Erfolg von ihr auch geleistet worden ist, nicht möglichst viele Massenwaren, sondern muß **möglichst feine Erzeugnisse** auf den Markt bringen; das Ausland wird solchem Angebot nicht widerstehen können, dies um so weniger, je mehr unsere Fabrikanten und Handelsbeflissenen es lernen werden, dem Verkehr mit dem Kunden etwas Persönliches zu geben, damit der Käufer merkt, daß uns nicht nur sein Geld, sondern auch seine persönliche Zuneigung etwas gilt. Der deutsche Kaufmann, der die Fäden nach dem Ausland ziehen soll, übernimmt eine schöne, aber auch verantwortungsreiche Arbeit! Er wird in hervorragendem Maße der Träger des deutschen Wesens dem Ausland gegenüber. Der Großhandel muß scharf aufmerken, durch welche Leute er gerade jetzt im Ausland vertreten wird.

Ob die Verstaatlichung oder die private Betriebsweise jeweils das Bessere sei, das soll nicht durch theoretisches Streiten am grünen Tisch und nicht durch gefährliche gewaltsame Eingriffe, sondern durch wohldurchdachte Erfahrung entschieden werden. Die Verstaatlichung soll man nicht an sich bekämpfen, das haben die liberalen Parteien ja auch nie getan. In Sachsen z. B. gibt es viele verstaatlichte Betriebe, und erst in den letzten Jahren sind Braunkohlengruben, Elektrizitätswerke usw. unter Zustimmung aller Parteien des Landtages angekauft worden, weil man sich von diesem Eingreifen und dieser Beteiligung des Staates einen Gewinn für die Allgemeinheit versprach. So muß auch in Zukunft verfahren werden. Aber die Einzelpersönlichkeiten als Unternehmer und selbständigen Gewerbetreibenden auszuschalten, das hieße unser Wirtschaftsleben dem Untergang entgegenführen.

Vor allem muß auch die geistige Arbeit wieder zu Ehren kommen.

Die zweite Kraftquelle aber sind die **Menschen.** Die Menschen, die ihre durch den Krieg gestörte Arbeit von neuem aufnehmen wollen, die heimkehren zur verlassenen und verödeten Werkstatt, die von Jünglingen zu Männern herangewachsen sind und nun eintreten in das eigentliche Arbeitsleben, die Menschen, die als Kinder heranwachsen

und neu geboren werden. Daß wir ja diese Quelle heilig halten! Wir dürfen keine menschliche Kraft verkümmern lassen. Darum müssen wir vergessen zu fragen: Wer ist dein Vater? Wir müssen lernen zu fragen: Wer bist du? Was steckt in dir? Freie Bahn jedem Tüchtigen! Nur wenn wir jede Kraft zur vollen möglichen Entfaltung bringen, handeln wir vaterländisch und wirtschaftlich.

Aus diesem Geist heraus hat sich die

**deutsche demokratische Partei**

gebildet. Sie umfaßt den größten Teil der bisherigen nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei. Die Grundsätze, auf denen sich deren Politik aufbauen soll, mögen im folgenden, mit einigen kurzen Bemerkungen versehen, zusammengestellt werden.

**Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden des republikanischen Staates, der aber eine wirkliche Demokratie, das heißt, ein wirklicher Volksstaat werden muß. Wir lehnen jeden Versuch ab, die alte Staatsform wieder einzuführen. Wir suchen uns mit der Mehrheitssozialdemokratie zu verständigen und kämpfen mit ihr gemeinsam gegen den Terror der Kommunisten und die Diktatur der Unabhängigen, aber auch gegen jede Form der Reaktion.**

Die Absichten der unabhängigen Sozialdemokraten, die Herrschaft des Proletariats dauernd zu machen, angeblich um die Früchte der Revolution zu sichern, müssen ernstlich bekämpft werden, wenn Ruhe und Ordnung wieder einkehren sollen; noch notwendiger ist es, daß den Spartakusleuten das Handwerk gelegt wird. Der jetzige Zustand im deutschen Reiche kann nur vorübergehend sein, das sehen die Mehrheitssozialdemokraten ein. Auch sie vertreten die wahre Demokratie, die niemals eine Klassenherrschaft anerkennen kann, komme sie von welcher Seite sie wolle. Das entspricht ja freilich nicht dem Geschmacke der unabhängigen Sozialdemokraten, die jetzt drauflos regieren, einreißen und eingreifen, umstürzen und neuordnen, ohne zu bedenken, daß wir uns in einem Übergangszustande befinden, in dem Schonung dessen, was noch besteht, wohl Pflicht wäre. Mindestens gilt es zu warten, bis geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Welche Gefahren in solchem Vorgehen liegen, zeigen die Bestrebungen

in der Rheinprovinz, sich vom Reich loszulösen. Sie gehen vor allem von den Zentrumsleuten, von der katholischen Geistlichkeit aus und sind eine Antwort auf die Ankündigung des preußischen Kultusministers Hoffmann, daß er ungesäumt den Staat von der Kirche trennen und für Kultuszwecke keine Ausgaben mehr bewilligen werde. Solche Maßnahmen erregen unnötig die Gemüter und sind jetzt völlig ungeeignet. Auf der anderen Seite soll jeder Versuch, etwa mit Militärgewalt die alte Regierungsform wieder zurückzubringen, unterlassen werden, das würde den Bürgerkrieg in seiner schwersten Form bedeuten. Das alte Regierungssystem ist tot. Auch was sonst die Umwälzung an neuen Formen gebracht hat, soll für die Zukunft bleiben, soweit es sich als lebensfähig erweist. Das Volk ist freier und selbständig geworden; davon wird es nicht wieder abgehen. Leugnen wir es nicht, daß von vielen auch ein Druck weggenommen worden ist, der ihre Lebens- und Arbeitsfreudigkeit gelähmt hat. Sie werden niemals wieder sich nach der alten Weise zurücksehnen.

**Wir fordern, daß sobald wie möglich die Nationalversammlung zusammentritt, zu der jeder über 20 Jahre alte Deutsche, Mann wie Frau, wahlberechtigt ist und zu der nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird.**

Die Forderung erhebt das ganze Volk. Mancher aber ist darüber im unklaren, was denn eigentlich die neue Wahlform bedeutet. Zunächst erhöht sich durch sie die Zahl der Wähler um mehr als das Doppelte. Aus etwa 18 Millionen Wählern werden bei der nächsten Wahl 41 Millionen geworden sein. Die jugendlichen Wähler von 20 bis 25 Jahren sind wohl von der Sozialdemokratie, nicht aber von den übrigen Parteien unterrichtet worden. Darin liegt natürlich ein Vorteil für die ersteren. Das Bedenken, das man aus diesem Grunde, vor allem aber auch deshalb haben könnte, weil doch das Wahlrecht das staatsbürgerliche Vorrecht des älteren Geschlechtes sein müßte, muß jetzt zurücktreten, da eben denselben jungen Männern die Verteidigung des Vaterlandes mit anvertraut gewesen ist, da auch sie ihr Leben in die Schanze geworfen haben. Gar viele aber wissen nicht recht Bescheid über die Bedeutung der Verhältniswahl. Wer sich genau darüber unterrichten will, muß das Wahlgesetz selbst lesen und durch-

denken. Um aber ein ungefähres Bild zu geben, sei folgendes bemerkt: Bisher hatten wir das Mehrheitswahlrecht. Bei diesem konnte folgender Fall eintreten: in einem Wahlbezirke sind 100 00 Wähler vorhanden. 50 001 Wähler geben ihre Stimmen dem Bewerber A, 49 999 dem Bewerber B. Dieser ist durchgefallen und die für ihn abgegebenen Stimmen waren wirkungslos, die Arbeit für seine Wahl war vergeblich. Würde es nun im ganzen Reich der Zufall wollen, daß die geringe Mehrheit immer dieselbe Partei träfe, so würde diese sämtliche Sitze im Parlamente haben, während alle anderen Parteien ausgeschalten wären. Dieser Fall trifft natürlich in Wirklichkeit nicht zu, vielmehr gleicht sich bei einem sehr großen Wahlkörper, wie es eben das deutsche Reich ist, die Sache im allgemeinen aus. Dennoch erscheint das bloße Mehrheitswahlrecht als ungerecht den Minderheiten gegenüber. Das Verhältniswahlrecht soll nun auch diesen die Vertretung sichern, die ihrer Zahl entspricht. An einem vereinfachten Beispiel möge das Wesen des Verhältniswahlrechts klargestellt werden. In einem Wahlbezirke, der 100 000 Wähler umfaßt, sind 10 Abgeordnete zu wählen. Die Partei A hat in diesem Wahlkreis 40 000, B 30 000, C 20 000, D 10 000 Wähler. Da bekommt eben die Partei A 4, B 3, C 2, D 1 Abgeordneten. Die Wahl kann dann freilich nicht auf einzelne Personen fallen, es muß vielmehr nach Listen gewählt werden. Jede Partei muß eine Liste von 10 Namen aufstellen, und der Wähler bezeichnet mit seinem Stimmzettel die Liste, für die er sich entscheidet. Von der Liste A gelten nach dem angenommenen Wahlausfall die ersten vier Namen als gewählt, von B die ersten drei, von C die ersten beiden und von D nur der erste. Erfolgt die Wahl mit gebundenen Listen, so darf an den Listen nichts geändert, nichts ausgestrichen, nichts eingesetzt werden.

**Die Nationalversammlung entscheidet über die zukünftige Verfassung des deutschen Reiches, wählt die Regierung und einen Reichspräsidenten. Die Einheit des deutschen Reiches ist noch fester zu fügen als bisher; in bestimmter Abgrenzung aber bleiben die einzelnen deutschen Staaten selbständig. Die kleinen Staaten haben sich miteinander oder mit größeren**

**Staaten zu vereinigen. Die Einzelstaaten erhalten eine Verfassung, die der Reichsverfassung nachgebildet ist (Landtag, Regierung, Ministerpräsident).**

Viele Politiker fordern, daß das ganze deutsche Reich eine einzige sozialistische Republik werden soll. Dem können wir nicht zustimmen. Wohl müssen alle Dinge, die gemeinsam sind, auch Reichssache werden, und alle Sonderrechte einzelner Staaten in solchen müßten verschwinden. Und der Bereich der Reichsangelegenheiten mag auch erweitert werden auf Eisenbahn und Steuerwesen; ja es mögen für wichtige Seiten unseres Geschäftslebens Richtlinien vom Reich gegeben werden, damit die innere Einheit gesichert bleibt, aber ein vollständiges Aufgehen der Einzelstaaten in dem Reiche wäre eine mechanische Vereinheitlichung, die nicht begründet ist, die viele lebendige Kräfte unwirksam machen müßte. Die Mannigfaltigkeit, die in den verschiedenen Arten der deutschen Stämme begründet liegt, muß sich auch politisch auswirken. Das ist ganz gewiß von Vorteil. Der Wettbewerb der Einzelstaaten vor allem auch auf dem Gebiete der geistigen Kultur ist für das Innenleben des deutschen Volkes immer bedeutungsvoll gewesen. Diese Frage kann natürlich hier nicht ausführlich, wie sie es verdient, besprochen werden. Zu wünschen ist es, daß sich kleinere Staaten zusammenschließen oder an größere anschließen. Das wird nicht allzu schwierig sein, weil die größten Hindernisse für diese Frage, die Herrscherhäuser, beseitigt sind. Freilich, so einfach, wie es mancher sich denkt, ist die Vereinigung doch nicht. Am allerwenigsten ist es richtig, willkürliche Einheiten aus dem deutschen Reich zu bilden; die geschichtlich gewordenen Grenzen, die doch im allgemeinen auch die Stämme voneinander trennen, müssen beachtet werden. Dazu kommt, daß es die Verwaltung ungeheuer erschweren würde, wenn man willkürlich hier wegnehmen und dort zuschlagen wollte. Man kann ohne Schaden dem Geschichtlichgewordenen hier sein Recht zugestehen, ohne das Werdende irgendwie zu beeinträchtigen. Die Wechselwirkung von Mannigfaltigkeit und Einheitlichkeit erweckt wahres Leben.

**Der auswärtige Dienst muß gründlich umgestaltet werden. Die äußere Politik soll getragen sein von nationaler Würde und von dem ernsten Willen zum dauernden Frieden. Ein**

**Völkerbund und zwischenstaatliche Schiedsgerichte sind ins Leben zu rufen.**

Daß unser auswärtiger Dienst vor dem Kriege und während des Krieges jämmerlich versagt hat, ist vor jedermann offenbar. Er mußte wohl versagen, weil auch er seine Kräfte aus dem bureaukratischen, zum Teil auf Vetternwirtschaft beruhenden System bezog. Selbstverständlich haben wir auch tüchtige Diplomaten gehabt, aber hat der auswärtige Dienst nach einem großen Plan, mit einheitlichen Mitteln, mit den besterprobten Arbeitsweisen gearbeitet? Von dem kleinen Sachsen erzählt man sich, daß seine Vertreter in Berlin eine geraume Zeitlang gegeneinander gearbeitet haben. Das mag bedeutungslos sein, ist aber doch ein Hinweis darauf, wie arg es um die Auffassung über diese Seite unseres Staatslebens bestellt gewesen ist. Wie anders wäre es wohl gewesen, wenn Männer des praktischen Lebens, mindestens solche mit einem scharfen Blick für das praktische Leben, Männer mit feiner Menschenkenntnis und hervorragender Kenntnis des Landes, in dem sie das deutsche Reich vertraten, bestellt worden wären! Wie geringschätzig, ja wegwerfend haben Vertreter des deutschen Reichs ihre eigenen Landsleute oft behandelt! Wie stark ist das Deutschtum im Ausland vernachlässigt worden! Bewegliche Klagen konnten wir seit Jahrzehnten darüber vernehmen. Wie stiefmütterlich hat man das deutsche Schulwesen im Ausland bedacht! Wie wenig und wie wenig geschickt hat man sich der Presse bedient! Wohin man blickt, Fehler über Fehler. Weder unsere Freunde und Bundesgenossen noch unsere Gegner haben wir durch die Augen dieser Männer richtig erkennen können. Dies muß in Zukunft anders werden; denn darauf beruht ja die Möglichkeit, daß wir bessere Beziehungen zur Welt bekommen.

**In wirtschaftlicher Hinsicht lehnen wir eine weitere Verstaatlichung der dazu geeigneten Unternehmungen (Eisenbahnen, Kraftwagen-, Luftverkehr, Kohlen- und Erzbergbau, Wasserkraftwirtschaft) nicht ab, erklären uns auch nicht grundsätzlich gegen Monopole, fordern aber, daß endgültige Beschlüsse nur durch die geordnete Volksvertretung gefaßt werden. Zugleich aber bekämpfen wir aufs schärfste den Plan einer allgemeinen**

**Vergesellschaftung des Wirtschaftslebens, weil wir darin den wirtschaftlichen Untergang des deutschen Volkes sehen, das in Zukunft nur bestehen und sich aus der Not der Gegenwart nur herausarbeiten kann, wenn Fleiß und Tüchtigkeit, Unternehmungsgeist und berechtigter Eigennutz des Einzelnen, wenn die freie Persönlichkeit auch hier gilt. Einen aus eigener Kraft starken Mittelstand halten wir für unbedingt nötig.**

Nach dem Erfurter Programm erstrebt die Sozialdemokratie die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Allgemeinheit. Und zwar will sie das in der Theorie restlos. Und in den ersten Tagen der Revolution ist diese Forderung nicht selten erhoben worden. Freilich haben die Führer jetzt ihre Stellung geändert. Sie sahen ein, daß ein Experimentieren jetzt das größte Verhängnis für unser Wirtschaftsleben sein würde. Die Verordnungen, die die Industrie betreffen, haben so lähmend auf sie gewirkt, daß selbst die Sozialdemokraten stutzig werden. Die Führer erklären deshalb, daß sie durchaus nicht auf überstürztes Vorgehen in dieser Richtung drängen. Hierin liegt ein weitgehendes Zugeständnis, es scheint aber mehr gemacht worden zu sein, um Zeit zu gewinnen. Dagegen muß geltend gemacht werden, daß der Standpunkt des Erfurter Programms eben unhaltbar ist. Unser Wirtschaftsleben muß im wesentlichen auf die Tatkraft des Einzelnen, auf Persönlichkeit gegründet werden.

Die deutschen Demokraten haben auch bisher die Verstaatlichung gutgeheißen, wo sie ihnen zweckmäßig erscheint. In Sachsen sind in letzter Zeit aus Staatsmitteln Kohlenfelder und Elektrizitätswerke angekauft worden. Damit soll verhütet werden, daß die gesamten Kohlenfelder in die Hände weniger Leute zusammengeballt werden, die sie dann lediglich in ihrem Nutzen ausbeuten; der Staat soll die Möglichkeit haben, auf die Preisbildung so einzuwirken, wie es dem Nutzen der Allgemeinheit entspricht. Dasselbe gilt für den Ankauf von Elektrizitätswerken. Die deutsche demokratische Partei wird demnach für eine Wirtschaftsweise eintreten, in der neben und über der Staatswirtschaft die Einzelwirtschaft sich betätigen kann. Diese gilt in besonderem Maße von den Wirtschaftsformen des Handwerks, des Kleinhandels, und der Kleinindustrie. Einen aus eigener Kraft

starken Mittelstand will unsere Partei aufrecht erhalten. Dieser wird für die Übergangszeit staatlicher Hilfe nicht entbehren können; zerbrochene Existenzen müssen wieder aufgebaut, unverschuldet Gefährdete müssen gestützt werden. Es gilt ihnen Rohstoffe zuzuführen, Kredit zu gewähren; vor allem aber ihnen Arbeit zu verschaffen. Freilich wäre es wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, mit öffentlichen Mitteln solche Leute zu unterstützen, die voraussichtlich niemals wieder auf eigene Beine kommen können, weil es ihnen an innerer Kraft gebricht, oder gar solche, die lediglich als Drohnen im Wirtschaftsleben bezeichnet werden müssen. Der achtbare Mittelstand muß viel kräftiger als vor dem Kriege solche Glieder von sich abstoßen. Sie erschweren ihm nur sein Dasein. Wer lediglich dem Borgen seine Existenz verdankt und wer lediglich deshalb, weil er zu ernster Arbeit keine Lust hat, einen Zigarrenladen oder ein Produktengeschäft oder eine Winkelkneipe aufmacht, der schädigt nur das ehrsame Gewerbe. Für solche Leute ist in der harten Zeit kein Raum.

**Unternehmer und Arbeiter haben gemeinsame Interessen, darum begrüßen wir jeden großzügigen Versuch zu einer dauernden Verständigung der beiden Stände. Wir treten ein für einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung.**

Die Sozialdemokratie behauptet, daß sie allein imstande sei, die Arbeiterschaft zu vertreten. Das ist allerwegen nicht wahr. Es sind im Arbeiterstande viele, die mit den Grundlehren dieser Richtung nicht einverstanden sind, die vor allem nicht billigen, daß von vielen Führern die Kluft zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Staatsbürgern immer wieder erweitert und vertieft wird. Solche werden durch die deutsche demokratische Partei ihren Belang in vollem Umfang vertreten können. Es muß als Lüge bezeichnet werden, wenn behauptet wird, unsere Partei vertrete die Interessen das Kapitals, vor allem die des Großkapitals. Allerdings ist die Wirtschaftsweise, auch die der Zukunft, auf das Kapital angewiesen. Auch das kleinste Unternehmen soll nicht selbständig werden, wenn es sich nicht auf eine gesunde geldliche Grundlage stellen kann. Insofern muß auch vom kleinen Geschäftsmann gefordert werden, daß er sich ein kleines Kapital erworben haben muß, ehe er sich selbständig macht. Und erst recht die

größeren Unternehmungen können nicht gedacht werden ohne Kapitalgrundlage. Für ungesund aber halten wir die Kapitalhäufung, die nicht mehr dem eigenen Wirtschaftsbetriebe dient, sondern lediglich zum Machtmittel wird, jenen Kapitalismus, der da glaubt, alles für Geld haben zu können: Menschen, Meinungen, Rechte und politischen Einfluß. Die Ausartungen des Kapitalismus, Ausbeutung und Wucher, werden in unserer Partei den schärfsten Gegner finden.

Sofern aber das Kapital der wirklichen Arbeit dient, ist es ein Freund des Arbeiters, da es ihm einen angemessenen Lohn, weiterhin auch die Versicherung in Krankheit, bei Unfällen, beim Verluste der Arbeitsfähigkeit, in Fällen der Arbeitslosigkeit und im Alter sichert. Wirtschaftliche Kämpfe werden für alle Zeiten bleiben. Und in diesen wird auch der Streik ein wichtiges Kampfmittel bleiben, vielleicht auch von anderen Wirtschaftsgruppen angewendet werden; er soll aber auf die äußersten Fälle beschränkt und tatsächlich das letzte Mittel sein, zu dem man nur im Falle der äußersten Not greifen darf. Lediglich als Machtmittel ist er unzulässig, und in solchen Zeiten wie jetzt, wo das ganze Volk sich in schwerster Not befindet, unsittlich. Und weil er eben nur als letztes Mittel angewendet werden darf, so muß er von beiden Teilen, von den Unternehmern wie von den Arbeitern, nach Möglichkeit verhütet werden. Das geschieht aber, wenn durch Tarifvereinbarung Unternehmer und Arbeiter sich verständigen. Freilich müssen dann auch die Vereinbarungen von beiden Seiten eingehalten werden; sonst sind die Vereinbarungen selbstverständlich wertlos.

**Grund und Boden soll, soweit er bewohnt und vor allem soweit er zur Erzeugung der Nahrungsmittel dient, freies Eigentum bleiben; durch Gesetz aber ist zu verhindern, daß er Gegenstand der Handelsspekulation werde. Mit allen Kräften ist die Vermehrung des kleinen und mittleren Bauerntums zu erstreben.**

Dieser Grundsatz wendet sich gegen die Forderung einer sofortigen und allgemeinen Enteignung des Bodens, erkennt aber den Gedanken der Bodenreform als richtig und gesund an. Die Gewinne aus der Bodenspekulation, die oft in die Milionen gegangen sind, sind keine wirtschaftlichen Werte, sondern wirtschaftliche Verluste, durch die das

allgemeine Wohl geschädigt wird. Von der Notwendigkeit einer umfassenden inneren Kolonisation ist oben schon gesprochen worden.

**Zur Aufbringung des Staatsbedarfs ist es nötig, die Kriegsgewinne scharf zu erfassen; unvermeidlich erscheint uns eine einmalige Vermögensabgabe und eine noch stärkere Heranziehung der größeren Einkommen; aber auch die kleineren Einkommen müssen nach wie vor ihren Anteil an den öffentlichen Lasten tragen.**

Nachdem die Reichsregierung bereits Schritte getan hat, um die Kriegsgewinne zum größten Teile der Allgemeinheit wieder zuzuführen und auch die größeren Vermögen zur Deckung der gewaltigen Ausgaben besonders heranzuziehen, erübrigt es sich streng genommen, dies nochmals besonders auszusprechen. Es ist aber wichtig dem Volk zu sagen, daß die deutsche demokratische Partei sich geschlossen in diesem Punkt hinter die Regierung zu stellen bereit ist. Als Verrat am Volk und am Vaterland betrachtet sie das Bemühen einzelner Kriegsgewinnler, ihren Gewinn im Auslande in Sicherheit zu bringen. Sie billigt alle Maßnahmen, die ein solches Beginnen verhindern und erschweren. Daß sie nötig sind, ist ein trauriges Zeichen für den sittlichen Verfall einzelner Kreise, denen gegenüber irgendwelche Schonung ein Verbrechen an dem ganzen Volke wäre. Die Steuerlast wird ungeheuer groß sein, und sie muß vom ganzen Volke getragen werden. Sie dadurch mildern zu wollen, daß die Vermögen einfach weggenommen werden, oder daß man die Kriegsanleihen für null und nichtig erklärt, das wäre ein verhängnisvolles Unterfangen, gegen das das ganze Volk sich auflehnen muß. Die Kriegsanleihen sind doch nicht bloß vom Großkapital, sondern auch von Mäßigwohlhabenden, ja auch von Unbemittelten aufgebracht worden; an ihnen sind Wohltätigkeitsanstalten, Sparkassen, Gemeinden, soziale Versicherungen beteiligt. Sich an diesen zu vergreifen, wäre geradezu ein Verbrechen. Wer für die Anleihen geworben hat, wer da weiß, welche Summen von Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe sich in ihnen ausspricht, dem schaudert vor dem Gedanken, daß man sie zur Tilgung der Staatsschulden verwenden will. Das wäre nicht nur der Staatsbankrott, sondern zugleich der schnödeste Vertrauensbruch, der je

begangen worden ist. Das Ausland müßte Deutschland geradezu verachten, wenn es dies täte. Hoffentlich ist dieser Gedanke ein für allemal begraben. Die Besteuerung wird hart und schwer auf uns allen lasten, deshalb ist es auch nötig, daß sie durchs ganze Reich gleichmäßig erfolgt; Reichsbeauftragte müssen die Einschätzungen vornehmen, damit nicht eine Gemeinde, eine Gegend, ein Land vor dem andern bevorzugt werden kann. Die kleinsten Einkommen, die unter einer Grenze stehen, die ein menschenwürdiges Dasein sichert, wird man von der Besteuerung freilassen müssen; im übrigen soll aber jeder nach dem Maße seiner wirtschaftlichen Kräfte herangezogen werden. Daß die Steuer nach oben zu stärker als bisher anwachsen muß, ist ganz selbstverständlich; dagegen wird kein Verständiger etwas Triftiges einwenden können. Auch die mittelbaren Steuern können wir vorerst nicht entbehren; deren Abbau kann erst in fernen Zeiten vorgenommen werden.

**Der Trennung von Staat und Kirche widerstreben wir nicht, nur fordern wir, daß den Kirchgemeinden staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß ihnen das Recht der Besteuerung gewährt und daß den jetzt amtierenden Geistlichen und Kirchenbeamten ihr Einkommen gesichert wird.**

Eine Frage, die die Gemüter stark erregt hat, ist die der Trennung von Staat und Kirche. Die Hast, in der diese Angelegenheit in Preußen durch den Kultusminister Hoffmann in Angriff genommen worden ist, ist außerordentlich nachteilig gewesen, hat sie doch die Gefahr heraufbeschworen, daß in der unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit stehenden Rheinprovinz die ernste Absicht entstanden ist, eine selbständige Republik zu bilden. Die Überstürzung entspricht daher nicht der Bedeutung der Angelegenheit. Trotzdem erscheint die Trennung von Staat und Kirche notwendig. Wenn Deutschland eine Republik wird, muß das Staatskirchentum aufhören. Aus der Staatskirche muß eine Volkskirche werden. Die Sozialdemokratie überläßt es ihren Zugehörigen, wie sie sich zur Kirche stellen. Religion ist für sie persönliche Angelegenheit. Als Ganzes steht sie der Kirche wenn nicht feindlich, so doch gleichgültig gegenüber. Es ist schlechterdings ausgeschlossen, daß ein Staat, in dessen

Regierung die Sozialdemokratie die ausschlaggebende Rolle spielt, Schirm- und Schutzherr der Kirche sein kann. Die Belange der Kirche können von Staatswegen dann eben nicht mehr als Staatsaufgabe gelten. Das erzwingen zu wollen, hieße die Kirche selbst schädigen. Deshalb ist die Trennung notwendig. Es gibt nicht wenig sehr kirchliche Kreise, die diese Trennung um der Kirche willen schon immer gefordert haben. Deshalb darf die Forderung nicht als Ausdruck der Kirchenfeindschaft betrachtet werden. Auch die deutsche demokratische Partei fordert sie nicht aus diesem Grunde; auch in ihr vereinigen sich Männer und Frauen aller Bekenntnisse, streng kirchliche und kirchengegnerische Männer und Frauen. Kirchenbekenntnisse in politischen Kundgebungen abzulegen, ist unangebracht. Aber die Partei als solche ist nicht kirchengegnerisch; sie erkennt die Bedeutung der Religion für unser Volk mit vollem Verständnis an. Deshalb muß sie auch fordern, daß der Kirche der Übergang ermöglicht und der Weiterbestand gesichert wird. Daß dazu staatliche Gelder hergegeben werden sollen, entspricht durchaus der Wertschätzung der Kulturaufgaben, die die Kirche zu lösen hat. Die Partei erkennt auch die Verpflichtung an, den jetzt amtierenden Geistlichen und Kirchenbeamten ihre Existenz und den im Ruhestande lebenden Geistlichen ihr Ruhegehalt zu sichern. Man darf als Freund der Kirche hoffen, daß diese als Volkskirche ihre Aufgabe vollkommener und reiner erfüllen wird. Eine politische Macht steht der Kirche nicht zu, soweit sie als Machtorgan aufgetreten ist und als solches auch staatlichen Zwecken dienstbar gemacht worden ist, liegt eben ein Mißbrauch vor, der beseitigt werden muß. Wenn lediglich die überzeugten Bekenner die Kirche bilden, wird sie ihre kirchlichen Kräfte viel stärker entfalten können. Man lasse aber der Kirche Zeit, sich in die neuen Verhältnisse einzurichten und erleichtere ihr den Übergang mit allen Kräften. Das deutsche Volk ist ein religiöses Volk immer gewesen und wird es auch bleiben oder wieder werden, wenn die Vertreter der Kirche ihre volle Pflicht tun.

**Der Trennung von Kirche und Schule stimmen wir zu, das ist eine alte liberale Forderung. Den Ausbau des öffentlichen Bildungswesens im Sinne einer nationalen Einheitsschule und**

**nach dem Grundsatze: „Freie Bahn dem Tüchtigen", halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Staates, vor allem muß die Volksschule und die dem Mittelstande dienende Fach- und Fortbildungsschule weiter ausgebaut, eine Überfüllung der akademischen Berufe aber hintangehalten werden.**

Die Schule ist der Bevormundung durch die Kirche entwachsen. Im Laufe der Entwicklung haben sich zunächst die Hochschulen, dann die Mittelschulen von der Kirche losgetrennt. Nur die Volksschule war bisher noch, zum Teil wenigstens, der kirchlichen Aufsicht unterstellt. Aber das Aufsichtsrecht des Geistlichen über die Schule war doch in fast allen deutschen Gesetzgebungen ein staatliches Amt. Die Forderung der Lehrerschaft, dieser Aufsicht enthoben zu werden, ist berechtigt, weil sie aus ihren Reihen selbst die Männer stellen kann, die das staatliche Amt führen können. An die Stelle der geistlichen Schulaufsicht ist in den Kreis- oder Bezirksschulinspektionen die Fachaufsicht getreten. Das soll nunmehr folgerichtig durchgeführt werden. Das würde selbst dann geschehen müssen, wenn die Trennung der Kirche vom Staate nicht einträte. Erfolgt diese aber, dann ist die Trennung der Schule von der Kirche ohne weiteres die Folge; denn die Schule ist eine Veranstaltung des Staates. Als Träger von Kulturaufgaben müssen Kirche und Schule einander nebengeordnet werden.

Der weitere Ausbau des Schulwesens aber ist eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Auf dem jungen Geschlechte beruht ja die Zukunft. Und wenn auch die Schule nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten kann, so ist dieser doch bedeutungsvoll genug, daß er mit aller Sorgfalt beachtet werden muß. Die Zersplitterung und das Unorganische im Bildungswesen muß beseitigt, die Staatsschule zu einem wohlgeordneten Organismus ausgebaut werden. Das ist der Sinn der nationalen Einheitsschule. Das Wort ist vielfach falsch verstanden worden, indem man geglaubt hat, es solle eine einzige Schulart haben, die von allen Kindern von Anfang bis zum Ende besucht werden soll. Eine solche Forderung wäre Unsinn. Vielmehr muß die Schule so mannigfaltig ausgebaut und gegliedert sein, daß sie allen Staatszwecken die nötigen Kräfte zuführt. Die

Einheitlichkeit soll darin bestehen, daß aus einem Stamme, der allgemeinen Volksschule, nach und nach alle nötigen und als zweckmäßig erkannten Schulformen herauswachsen und daß zwischen den einzelnen Schularten eine Verbindung geschaffen wird, wodurch ein Übergang von einer in die andere Form ermöglicht wird. Die Einheitsschule soll also Einheitlichkeit und Mannigfaltigkeit in wohldurchdachtem Aufbau vereinigen. Es soll dafür gesorgt werden, daß jedes Kind die seinen Anlagen und seinen Neigungen entsprechende Ausbildung erhält, so daß es in seinem späteren Leben die Stelle einnehmen kann, die ihm eben dieser Eigenart nach gebührt. Lehrer und Eltern müssen dabei zusammenwirken, dies zu ermöglichen. Wie die Einheitsschule aufgebaut werden sollte, das kann im Rahmen dieser Betrachtung nicht ausgeführt werden.

**Den Lehrern und Beamten ist die volle Freiheit der politischen Überzeugung zu gewähren; für die Berufung in höhere Stellungen soll lediglich die Tüchtigkeit und persönliche Eignung entscheiden. An allen Stellen ist den Beamten das höchste Maß von Selbständigkeit und Verantwortlichkeit zu gewähren, das mit Rücksicht auf die Güte der Gesamtleistung und auf das Gemeinwohl zulässig erscheint.**

Im alten Staate waren Beamte und Lehrer in der Überzeugung ihrer staatsbürgerlichen Rechte vielfach schwer beeinträchtigt. Das muß geändert werden. Ein neues Beamtenrecht, dem auch die Lehrer zu unterstellen sind, muß für das ganze deutsche Reich geschaffen werden. Längst vor dem Krieg wäre dies nötig gewesen. Veraltete Anschauungen und hemmende Kräfte haben das immer zu verhindern gewußt. Jetzt kann es nicht mehr verschoben werden, will man nicht diese für unser Volksleben als so wichtig erwiesenen Männer und Frauen zur schwersten Gegnerschaft gegen den Staat reizen. Damit aber wäre ja der Bestand des Staats selbst auf das schwerste gefährdet. Zu der Ausgestaltung des neuen Beamtenrechtes müssen die Vertretungen der Beamten, zum Ausbau des Schulwesens die Lehrer maßgebend herangezogen werden. Sie werden ihre Forderungen in Einklang zu bringen wissen mit dem Gemeinwohl; das Vertrauen kann man ihnen schenken. Wer es am eigenen Leibe erfahren hat, kennt

die Fehler des bisherigen Systems; er wird auch die Wege zur Erneuerung am besten angeben können. Die Beamten haben darauf verzichtet, ihre Rechte in der Weise geltend zu machen, wie es die Arbeiter gelegentlich getan haben, das soll aber nicht heißen, daß sie sich nicht ihrer Rechte völlig bewußt waren. Beamte und Lehrer leisten vorwiegend geistige Arbeit, und es wird höchste Zeit, daß man auch diese Arbeit in ihrer Bedeutung erkenne und nicht hinter die Arbeit der Hände zurückstelle. Fast scheint es gelegentlich so, als ob man die geistige Arbeit ansähe als eine Art Müßiggang, der nur wie Arbeit aussieht. Die geistige Arbeit schafft auch unendlich große wirtschaftliche Werte; denn das Wirtschaftsleben arbeitet mit dem Rüstzeug, das ihm von den geistigen Arbeitern geliefert wird. Den Beamten in Staat und Gemeinde sind die Festangestellten im freien Wirtschaftsbetriebe gleichzustellen. Nicht mechanisch sollen die Bestimmungen für die Beamten auf die Privatangestellten übertragen werden; aber derselbe Geist, der in der geforderten Beamtengesetzgebung sich auswirken soll, soll auch die äußere und innere Lage der Angestellten bestimmen helfen.

Ein Überblick über das ganze Programm ergibt:

**Oberster Grundsatz für alles sei Freiheit und Gerechtigkeit für jedermann.**

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

## Verlag von Ernst Wunderlich in Leipzig

**Ganze Menschen.** Ein sozial-pädagogischer Versuch von **Heinrich Wolgast.** 5. Tausend. Preis: M. 1.40, geb. M. 2.60

„Die mit vollem Rechte preisgekrönte Schrift des verehrten Hamburger Meisters einer gesunden, alle Höhen und Tiefen der Erziehung umfassenden Reform liegt uns vor. Vor allem haben die deutschen Lehrer sich am Feuer dieser echten Begeisterung entflammt; aber auch gebildeten Eltern sollte dieses prachtvolle Buch nicht fremd bleiben." Schule und Haus.

**Deutsche Bildung — Deutscher Glaube Deutsche Erziehung.** Eine Streitschrift von Professor Dr. **Paul Förster.** 147 Seiten. Preis: M. 1.80, gebunden M. 2.60

„Das Buch ist vor 10 Jahren erschienen. Und trotzdem ein Kriegsbuch voll stürmischer frühlingsfroher, aus bewußtem Deutschtum hervorgewachsener Gedanken. Die Forderungen, die durch die Neubelebung des völkischen Denkens jetzt neue Kraft erhalten: der Ruf nach wirklich deutscher Bildung, nach Pflege des Völkischen nicht nur im Politischen, sondern auch im Seelischen, dieselben Forderungen begründete Paul Förster schon vor 10 Jahren. In dem Buche ist etwas Gärendes, Stürmisches, Mitreißendes. In warmen Tönen singt F. das Lob der Muttersprache, der in unseren höheren Schulen eine andere Stellung gebührt, scharf wendet er sich gegen die Übertreibungen des klassisch-humanistischen Bildungsideals, demgegenüber er seinen deutschen Bildungsglauben leidenschaftlich verteidigt."
Pfälzer Lehrerzeitung. 1916. Nr. 10.

**Die Grundlagen der staatsbürgerlichen Erziehung in der Volksschule.** Von **Hans Plecher,** München. 64 Seiten. Preis: M. 1.—

„Ausschließlich den Grundlagen der staatsbürgerlichen Erziehung in der Volksschule ist Plechers Schrift gewidmet. Er kennt zwei Grundlagen, den Grundsatz der Bodenständigkeit des Unterrichts und das Arbeitsprinzip in der Volksschule, wie man sieht, im Grunde genommen dieselben wie Bauerschmidts Belehrung und Gewöhnung. Wertvolle Anregungen für die praktische Gestaltung dieser Gedanken enthalten der 4. und 5. Abschnitt. Beide Schriften sind wohl geeignet, der Verwirklichung der wichtigen Idee von der staatsbürgerlichen Erziehung zu dienen." Neue Bahnen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

3 1197 22297 8519

# Wertvolle Erziehungsschriften

## Von deutschem Wesen nach dem Kriege

Ein Erziehungsbuch von **Dr. Richard Seyfert.** Preis: M. 1.80, gebunden M. 2.60

„Der Krieg als Lehrer und Erzieher! Es ist schon manches gute Wort über dieses Kriegsziel gesagt und geschrieben worden. In dem uns vorliegenden Büchlein hat der Verfasser, ein bekannter Pädagoge, es verstanden, die Lehren des Krieges, die wichtig sind für die künftige Erziehung unseres Volkes in ansprechender Form und in wohlbegründeten Ausführungen darzulegen. — So bietet er doch reiche Anregungen, Anregungen für alle Kreise des Volkes... Die Schrift ist ein Mahnruf an alle Deutschen, sich der Pflicht bewußt zu werden, daß jeder mitarbeiten muß am Gemeinwohl des Volkes..." Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 26. Nov. 1915.

„In einer Anzahl kurzer Kapitel spricht der Verfasser in geistvoller Weise über wichtige Fragen der Volkserziehung nach dem Kriege in eindringlicher Weise. Es sind kerngesunde, durch und durch deutsche Gedanken.... Seyfert hat da Recht, gehört zu werden."
Ad. Rude. Pädag. Warte 1916.

## Was uns allen die Volksschule sein soll

Von **Dr. Richard Seyfert.** 2. Auflage. Preis: M. 1.80, gebunden M. 2.60

„Dr. Seyfert ist ein sehr fruchtbarer pädagogischer Schriftsteller. Seine Schriften zeigen ihn als den praktischen Schulmann, der das Schulwesen bis in seine letzten Verzweigungen kennt, als den genialen Pädagogen, der der Entwicklung der pädagogischen Theorie und Praxis neue Bahnen hat weisen helfen, aber aus keinem seiner Werke geht so klar und unmittelbar hervor, daß ihm die Förderung der Schule und Hebung unseres Volkes ganz Herzenssache ist, wie aus seiner letzten Veröffentlichung. — Das Buch muß an alle Kreise unseres Volkes gebracht werden." Leipziger Lehrerzeitung.

„Ein Buch von seltenem Wert." Neue Bahnen.

„Wir verdanken der Lektüre dieses Buches genußreiche Stunden und empfehlen es angelegentlich der Beachtung der Fachkreise."
Pädagogische Praxis, 1. Jahrgang, Nr. 3.

„Wir freuen uns, daß der von uns warm empfohlenen ersten Auflage des trefflichen Buches so schnell die zweite folgen muß. Möge sie noch rascher vergriffen sein." Preußische Schulzeitung.

Verlag von Ernst Wunderlich in Leipzig

## Verlag von Ernst Wunderlich in Leipzig

**Zur Erziehung der Jünglinge aus dem Volke.** Vorschläge zur Ausfüllung einer verhängnisvollen Lücke im Erziehungsplane von Dr. **Richard Seyfert.** Preis: 60 Pfennig.

„Ausgehend von der Notwendigkeit einer weiteren Erziehung unserer schulentlassen Knaben, führt Verfasser aus, was Eltern und Arbeitgeber, die Fortbildungsschule und die freiwillige soziale Liebesarbeit an ihnen tun könnten. Als besonders wertvoll sei auf den beigefügten, erpropten Lehrplan für die Fortbildungsschulen hingewiesen. Das Schriftchen ist zu empfehlen."

Allgem. Deutsche Lehrerzeitung.

---

**Die pädagogische Idee in ihrer allgemeinen Bedeutung.** Ein erweiterter Vortrag von Dr. **Richard Seyfert.** Preis: 80 Pfennig.

„Dieser treffliche Vortrag, welcher seinerzeit von der Sächsischen Lehrerversammlung in Plauen (Sept. 1903) mit großem Beifall aufgenommen worden ist, geht von dem Grundsatze aus, daß alle menschliche Entwicklung in der fortschreitenden Durchgeistigung des Einzelmenschen wie der menschlichen Gemeinschaft besteht. Er behandelt in anregender Weise die erziehlichen Forderungen unserer Zeit in bezug auf Schule und Familie, Staat und Gesellschaft, Kunst und Wissenschaft."

Freie Schulzeitung, 1905, Nr. 16.

---

**Das deutsche Bildungsideal.** Grundsätzliches zur Weiterführung der Schulreform von **Ernst Lüttge.** Preis: M. 1.40

„Im ersten Teil betrachtet der Verfasser zunächst den Lehrer und sein Bildungsideal, geht dann auf den Gegensatz zwischen Individual- und Sozialpädagogik ein, für den er einen Ausgleich und eine Vereinheitlichung verlangt, untersucht die Bildungsideale, die den verschiedenen Reformbestrebungen zu Grunde liegen, und legt endlich dar, was das deutsche Bildungsideal sein müsse: der Edelmensch, der deutsche Wesensart möglichst rein und vollkommen verkörpert. Der zweite Hauptteil gibt Anregungen, wie der vaterländische Gedanke im Unterricht der verschiedenen Fächer zur Geltung gebracht werden kann. Mehr anhangsweise wird dann noch die staatsbürgerliche Erziehung und die Einheitsschulfrage besprochen. Man sieht: lauter Dinge, die das pädagogische Denken unserer Tage lebhaft bewegen und es verlohnt sich schon zu lesen, was ein Mann wie Lüttge dazu zu sagen hat."

Deutsche Schule XXI. Jahrg. H. 12.

---

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen


Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.